

# bunter.nachrichten.dienst.

Extra-Ausgabe: Bouffier'scher Ausnahmezustand



## Intro



Zwischen dem 3. und 8. Mai 2006 wurde die Anwaltskanzlei von Volker Bouffier (CDU) mindestens zweimal Opfer nächtlicher Umgestaltungsaktionen. Die farblichen Veränderungen, kritischen Parolen und entlasteten Fenster gefielen dem hessischen Innenminister gar nicht. Die VerursacherInnen standen für ihn auch ohne Ermittlungen fest: KritikerInnen seiner autoritären Politik aus dem Umfeld der Projektwerkstatt. Der konkrete Anlass sorgte für sich überschlagende Ereignisse, skurrile Polizei-Manöver und überraschende Wendungen. Die letzten Tagen haben anschaulich gezeigt, wofür Volker Bouffier steht: Ausgrenzende Sicherheitspolitik, populistische "law and order"-Rhetorik und hartes Durchgreifen gegen kritische Stimmen. Ein paar Gründe mehr, das Bouffier'sche Wirken und die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit in einer Sonderausgabe des Bunter.Nachrichten.Dienstes zu beleuchten - zumal Sicherheitswahn und "law and order"-Ansätze inzwischen fast die gesamte politische Landschaft durchziehen.

[www.projektwerkstatt.de/bouffier](http://www.projektwerkstatt.de/bouffier)

## Wer Gießen verlässt ist verdächtig: Die Geschichte des 14. Mai 2006

Fährst du manchmal auch aus Gießen raus? Ja? Dann stehst du vielleicht schon im Verdacht, Sachbeschädigungen begangen zu haben. Das hört sich absurd an? Ist es auch – aber die Polizei in und um Gießen scheint das nicht zu stören: Diese Begründung wurde einer von vier Personen entgegen gebracht, die am letzten Sonntag in den frühen Morgenstunden bei Reiskirchen festgenommen wurden. Eine Geschichte mit Unterhaltungswert – aber leider ersten Konsequenzen.

Nachweis über sichergestellt / beschlagnahmte...

In der Strafsache [redacted] Polizeirechtsache

gegen [redacted]

wegen Verdacht [redacted]

nummeriert 21.05.06 Reiskirchen Projektwerkstatt durch Beschuldigte

die nachstehend aufgeführten Gegenstände  sichergestellt  beschlagnahmt

1. Verzeichnis (Fortsetzung auf beliebigem Vordruck, wenn Platz nicht ausreicht)

Est. Nr.	Platz	Berechnung der Gegenstände	Zusatz	Merkmal (des Eigentümers) / Findort	Ergeldgut
1	2	Begleitwagen des Deckel		unbekannt, da Temp. zur Erkennung	
2		den Schiff. Umkleen		Wäsche der Projektwerkstatt	

1. Ausfertigung für Betreffende / Zeugen

2. Original (Berechnung) an die Ermittlungsbehörde

### Unterbindungsgewahrsam

Ganz „zufällig“ wurde Jörg - die vierte Person - dem Amtsrichter Gotthardt vorgeführt. Der übernahm den Antrag des Staatsschutzes und verhängte sechs Tage Unterbindungsgewahrsam zur vermeintlichen Verhinderung weiterer Straftaten. Obwohl es nicht einen einzigen Beleg dafür gibt, dass der Betroffene die benannten Straftaten begangen hat. Die Begründung dazu ist eine Welt für sich: Ohne Beweise werden einfach nur Tatsachenbehauptungen über Aktionen gemacht, die Jörg begangen haben soll. Noch schlimmer wird es allerdings, als Gotthardt doch versucht, „Beweise“ zu konstruieren: So seien auf einer Internetseite ([www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de)), die Jörg mitgestalten soll, Kürzel wie „AV“ und „AR“ zu finden. Verknüpft wird diese Aussage mit der Behauptung, dass die Polizei Handschuhe und eine „ähnliche Schablone“ mit einem Kürzel wie auf der Internetseite gefunden habe. Ein Suchdurchlauf auf der projektwerkstatt.de ergab: Die Kürzel als solche gibt es einfach gar nicht – als Abkürzung für „Arbeitsregister“ ist AR an zwei Stellen innerhalb eines Aktenzeichens für juristische Urteile zu finden. Was eine „ähnliche Schablone“ überhaupt sein soll bleibt offen - denn entweder entspricht eine Vorlage exakt dem aufgesprützten Motiv ... oder es handelt sich um eine andere Schablone. Solche „Beweisführung“ ist purer Nonsens – aber Richter Gotthardt (der selber Polizist war) macht sich gerne zum willigen Vollstrecker des Staatsschutzes. Das Ziel eint: Unbequeme Personen aus dem Verkehr ziehen.

### Hausdurchsuchung

Ab 9.15 Uhr durchsuchte ein Polizei-Kommando unter Führung des Staatsschutzes (Abteilung der Polizei für politische Straftaten) ohne Durchsuchungsbeschluss die Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen, ein politi-

sches Zentrum mit Archiven, Werkstätten und mehr. Dabei wurden ausschließlich Flugblätter, Broschüren sowie ein privater Kalender mitgenommen. Wir sind dankbar für Hinweise, inwiefern damit Sachbeschädigungen begangen werden können. Die Sicherstellung wurde nämlich mit dem Verdacht auf „Sachbeschädigung“ gerechtfertigt.

### Die "Aktionen" des 14. Mai 2006

Tja, wirklich viel scheint in dieser Nacht nicht passiert zu sein. Auf dem Gerichtsgelände und vor dem Knast in Gießen gab es in der Nacht ein ausgedehntes Badminton-Spiel mit beobachtend-zurückhaltender Polizei. Ob die erwähnten Graffiti-Tags, d.h. Kürzel oder Namen ohne erkennbare Aussage überhaupt in dieser Nacht entstanden sind, ist bisher nirgends belegt. Ansonsten soll die Tür der CDU-Kreisgeschäftsstelle im Spenerweg angebohrt worden sein.

Auffällig ist, dass diese Taten nicht einmal zum Täterprofil passen, das die Polizei über das „Umfeld der Projektwerkstatt“ verbreitet: Dabei wurden in der Vergangenheit von der Polizei bestimmte politische Parolen an Wänden verschiedener Behörden und Gerichten in Zusammenhang mit öffentlich vertretenen Positionen gebracht. Schon die typischen Argumentationsketten des Staatsschutzes Giessen der Machart „Wer öffentlich fordert, Knast abzuschaffen muss dann auch nachts Parolen mit inhaltlicher Überschneidung an Wände schmieren“ beweisen gar nichts. Im konkreten Fall ist die Sachlage aber noch einmal merklich dünner, weil den Straftaten keine politische Orientierung, und schon gar keine genau bestimmbare, zu entnehmen ist. All das macht überdeutlich, dass ganz gezielt Anlässe konstruiert wurden um Festnahmen umsetzen und Personen aus dem Verkehr ziehen zu können. (Fortsetzung: Nächste Seite!)

Ein "ähnliches" Graffiti-tag



ahme  
Heinz Gas-  
ministerium,  
aden oder  
en in Gie-  
Einsatz äm-  
mittlungs-  
siell.  
es in Gie-  
-Anklicken.  
ängangstür  
bohren. In  
Polizei jetzt  
rchen-Saa-  
polizeipräsi-  
tverächti-  
rrädern in  
nen hat. Ei-  
lucht. Drei  
nigen Stun-  
Beweisstüt-  
neinen vier-  
rchen, ord-  
um weite-  
Mann soll  
ge Haftstra-  
mit politi-  
r Leiter der  
che Verfas-  
jektwerk-  
nter „Anar-  
jektwerk-  
ropagieren.  
t der Leiter  
en Sachbe-  
schung  
bnis. GRA

# Rechtliche Bewertung der Vorgänge

**Die Polizeiatacken, Festnahmen, der mehrtägige Unterbindungsgewahrsam und seine Folgen sowie die Hausdurchsuchung der Projektwerkstatt sind in vielfacher Weise rechtswidrig abgelaufen, mehrfach begingene Polizisten und Richter Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung, falsche Beschuldigungen und andere Straftaten, sie logen, wendeten Gewalt an und bestachen mit kreativen Variationen absurdesten Gedankenspiele. Mitten hinein platzte das Bundesverfassungsgericht mit seinem Haftaufschub für einen Polit-Aktivistin, während das Gießener Amtsgericht fieberhaft versucht, die Inhaftierung künstlich zu verlängern. Die Antirepressionsgruppe K.O.B.R.A. hat einen umfangreichen Text zu Rechtsfehlern und Straftaten von Polizisten und Richtern in dem fünfzügigen Politikrimi zwischen Gießener Repressionsbehörden und politischer Opposition veröffentlicht, der unter ... zu finden ist. Ein ganz kurzer Überblick:**

## Falsche Verdächtigungen:

Mehrfach unterstellten Richter und Polizei AktivistInnen die Beteiligung an Sachbeschädigungen, ohne auch nur einen einzigen Beweis oder Hinweis für die Täterschaft zu nennen. Insbesondere die Beamten Broers, Lutz und Cofsky vom Staatsschutz Gießen taten sich hier mit abenteuerlichen Erfindungen hervor.

## Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung:

Richter Gotthardt schickte einen Aktivist für sechs Tage in Knast und Polizeigewahrsam. Dabei behauptete er, dass die Täterschaft des Aktivist für etliche Sachbeschädigungen bewiesen sei, ohne einen Beweis zu nennen. In einem Fall übersah er sogar absichtlich ein 100%iges Alibi - nämlich die Observation durch die Polizei zur Tatzeit an einem ganz anderen Ort.

## Verzögerung mit Freiheitsberaubung:

Das Amtsgericht Gießen, dem auch Ex-Polizist Gotthardt angehört, verschleppte die sofortige Beschwerde des Betroffenen zwei Tage lang, um diesem im Knast halten zu können.

## Falsche Inhaftierung:

Widerrechtlich wurde der Aktivist zweimal in ein Gefängnis eingeliefert (Gießen und Frankfurt-Preungesheim), ohne dass dieses rechtlich zulässig gewesen wäre.

## Verfahrensfehler:

Richter Gotthardt verweigerte dem dann in den Knast Geschickten die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung, hörte nur auf die Staatsschützer und verhinderte nach etlichen klaren Voreingenommenheiten gegenüber dem Vorgeführten das Stellen eines Befangeneheitsantrags.

## Morphogenetische Felder im Landgericht?

Der Beschluss des Landgerichts Gießen am 18.5.2006 enthielt dann eine bemerkenswerte Steigerung. Die Attacken auf die Kanzlei der beiden Innenminister Gasser und Bouffier am 3./4.5. und 8.5. seien eine Reaktion auf die Ladung zum Haftantritt gewesen, die aber erst am 10.5. überhaupt in der Staatsanwaltschaft geschrieben wurde. Ob die Täter Kontakt zu höheren

Können Sie sich vorstellen, dass die Polizei Brandsätze und Malutensilien einfach erfindet, um unbequeme Menschen einsperren zu können?

Einen konkreten Fall lesen Sie unter

[www.projektwerkstatt.de/9\\_12\\_03](http://www.projektwerkstatt.de/9_12_03)

Welten hatten, dass sie das schon wissen konnten?

## Hausdurchsuchung ohne Bemühen um Rechtsform:

Gänzlich ohne jegliche Rechtsgrundlage überfiel der Staatsschutz am 14.5. vormittags die Projektwerkstatt und durchwühlte mehrere Räume. Dabei verhielten sie sich rekordver-



Kreide-Dankessprüche für Bouffiers Ausraster vor seiner Kanzlei

dächtig: Sie hielten sich an gar keine rechtliche Vorgabe - kein Durchsuchungsbefehl wurde vorgelegt, der Hausbesitzer und andere Bewohner wurden gar nicht erst informiert, auch hinterher nicht benachrichtigt und auch kein Protokoll verfasst und übergeben. Zudem ermöglichten sie Zeugen nicht, die Durchsuchung zu beobachten.

## Versuchte Körperverletzung:

Recht gewalttätig verlief die Festnahme in der Nacht auf den 14.5.2006. Nur knapp entgingen zweimal Radler den auf sie zufahrenden, in einem Fall zudem fahrerlosen (!) Polizeiwagen.

## Üble Nachrede:

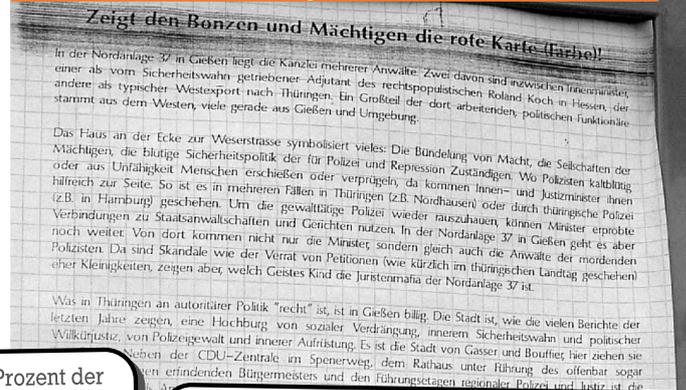
Auf dem Einweisungsbogen des Inhaftierten Jörg B. war in großer, roter Schrift "Gewalttätig!" zu lesen. Das sollte dem Gefangenen das Leben schwer machen. Nach Aussagen von JVA-Bediensteten hatte Richter Gotthardt die Notiz angebracht. Am 20.5.2006 behauptete zudem der für solche falschen Verdächtigungen bereits bekannte, leitende Gießener-Allgemeine-Redakteur, dass Jörg B. auf frischer Tat ertappt worden sei. Das hatte ja noch nicht einmal die Polizei behauptet.

Antirepressionsgruppe K.O.B.R.A.

★ Langfassung:

[www.knast-aktionen.de/wu](http://www.knast-aktionen.de/wu)

## Text zu den Kanzlei-Anschlägen an Bushaltestelle in Nordstadt



Prozent der urteilt regen sie sprachen zu

ugen:

Hätten Sie sich vorstellen können, dass in einem Jahr in über 20 Fällen Gießener Polizei und Medien Straftaten schlicht erfunden haben, um Menschen bestrafen zu können?

Dokumentation zu Polizei- und Justizwillkür:

[www.polizeidoku-giessen.de/wu](http://www.polizeidoku-giessen.de/wu)

Impressum  
Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, 35447 Saasen



Putzen gegen Kritik auf Bouffier-Kanzlei



## Mobiles Einsatzkommando am Start – Bouffier als Antreiber?

Es wird noch seltsamer: Bei der Polizei-Aktion am 14. Mai war ein Mobiles Einsatzkommando (MEK) beteiligt, das ansonsten nur bei "schweren Straftaten" und insgesamt selten zum Zuge kommt - schon gar nicht für Graffiti. Dieses wurde in Folge von zwei nächtlichen Umgestaltungsaktionen gegen die gemeinsame Rechtsanwaltskanzlei von Bouffier (Innenminister von Hessen) und Gasser (Innenminister von Thüringen) eingesetzt. Es ist seit dem 8. Mai 2006 und auch bei Redaktionschluss immer noch rund um die Projektwerkstatt aktiv. Der Einsatz des MEK, die überschnelle Ladung zum Haftantritt für Jörg sowie der gesamte Polizei-Ausraster vom 14. Mai tragen die Handschrift von Bouffier, bekannt als Vertreter von „law and order“ und Scharfmacher gegen die Projektwerkstatt. Für einen persönlichen Feldzug scheint Bouffier jedes Mittel mobilisierbar zu sein.

### Fazit

Der Aufwand, der hier betrieben wird, um politische AktivistInnen zu kriminalisieren bis hin zum gezielten Wegsperrern, macht deutlich: Kritik an den Verantwortlichen für Abschiebungen, autoritäre Politik, Studiengebühren und dem zunehmenden Reichtumsgefälle ist nicht erwünscht. Einschüchterung und Repression sollen dafür sorgen, dass Menschen nicht aufmucken und sich damit abfinden, dass gleichberechtigte Gestaltungsmöglichkeiten und ein gutes Leben für alle nicht zum Programm dieser Republik und ihrer MacherInnen gehört.

## Das Bouffier'sche Politikprofil

**Volker Bouffier steht für „law and order“. Damit gemeint ist eine Zuspitzung autoritärer Politik, der Ausbau von Überwachung, Innerer Sicherheit, Polizeistrukturen und Kontrolle, welcher immer weniger Entfaltungsraum für die Menschen lässt. Verknüpft sind die Ansätze des hessischen Innenministers mit populistischen Argumentationen, dem wiederholten Schüren von Ängsten – insbesondere vor Kriminalität – , um Akzeptanz für die gleichzeitig unterbreiteten, einfachen Lösungsmuster („Hart Durchgreifen“, „Wegsperrern für immer“) zu beschaffen. Besonders beliebte Feindbilder in der Bouffier'schen Rhetorik sind „islamistischer Terrorismus“ oder „illegale“ Einwanderung. Die konstruierten Bedrohungen dienen als Rechtfertigung für den repressiven Staat.**

Unter der CDU-Landesregierung wurde 2005 das für Volker Bouffier „modernste Polizeigesetz“ der Republik verabschiedet. Es umfasst unter anderem die automatische Erfassung aller Kennzeichen auf Autobahnen, vereinfachte Überwachungsmöglichkeiten für Handys, Einsatz von verdeckter Videoaufzeichnung bei Personenkontrollen, erweiterte Möglichkeiten für DNA-Tests und den Freibrief für PolizistInnen zum „finalen Rettungsschuss“ (Frankfurter Rundschau, 08.01.2005, S. 34).

Auch das Vorfeld der Fußball-WM nutzte



Parolen auf Bouffier-Kanzlei an der Nordanlage

Allerdings gibt es viele Gründe, sich diesen Zuständen zu widersetzen - denn so autoritär Gesellschaft aktuell auch organisiert ist: Es könnte anders sein. Eine Welt, in der Menschen sich gleichberechtigt organisieren, in der alle auf gesellschaftlichen Reichtum und Ressourcen zugreifen können, in der es keine Zwänge und CheffInnen mehr gibt, erscheint uns deutlich geiler als das, was gerade so läuft. Der Weg dahin ist steinig und wahrscheinlich unendlich ... aber es ist durchaus möglich, schon heute anzufangen. Neben dem Aufbau von Freiräumen, Netzwerken gegenseitiger Hilfe und kooperativen Strukturen kann bunter Widerstand helfen, um öffentliche Debatten anzuregen, wie eine herrschaftsfreie(re) Welt aussehen könnte. Auch wenn das den Volkern dieser Welt nicht gefällt.

★ Seite zu den Vorgängen:  
[www.knast-aktionen.de.vu](http://www.knast-aktionen.de.vu)

Wie lange bleibt es noch so, dass durchschnittlich jeden Werktag in Mittelhessen ein Nicht-Deutscher zwangsweise abgeschoben wird?

Mehr unter [www.projektwerkstatt.de/antira](http://www.projektwerkstatt.de/antira)

## Polizei-Einheit für Farbatta

Ermittlungen zum Schutz der Bouffier-Kanzlei / Erste Festr

Nach Farbschlägen auf die Rechtsanwaltskanzlei des hessischen Innenministers Volker Bouffier soll die Polizei ein Mobiles Einsatzkommando (MEK) eingesetzt haben. Das haben verlässliche Quellen der FR bestätigt.

WIESBADEN / GIessen - In Polizeikreisen gilt der Einsatz des MEK bei Spray-Attacken und Farbschmierereien als ungewöhnlich. Das MEK ist eine Spezialeinheit der deutschen Landespolizeien. Die vorrangige Aufgabe liegt dabei in der Observation besonders gefährlicher Straftäter wie bei Entführungen, Erpressungen, Geiselnahmen, Waffenhandel, Rauschgiftdelikten und organisierter Kriminalität.

„Solche Einsätze sind mehr als selten“, heißt es in hessischen Polizeikreisen. Einsätze bei „politisch motivierten Straftaten“ seien schon möglich, auch in diesem Umfeld jedoch rar. Der MEK-Einsatz in Zusammenhang mit der Anwaltskanzlei in Gießen wurde polizeiintern mit Erstaunen registriert. Politische Parolen auf Privathäusern hätten wohl keinen vergleichbaren Ermittlungsdruck ausgelöst, heißt es.

Vergangene Woche waren zwei Anschläge mit Farbbeuteln auf Bouffiers Anwaltskanzlei verübt worden. Außerdem wurden Parolen an die Fassade gesprüht. Ein der Frankfurter Rundschau vorliegender Bekennerrbrief deutet auf Täter aus dem linken Spektrum hin. In der anvisierten Kanzlei ist Bouffier allerdings wegen seines Regierungsamtes derzeit nicht als Anwalt tätig. Unter der gleichen Kanzleiadresse firmiert auch der

thüringische Innenminister Karlser (CDU).

Weder das hessische Innenministerium noch das Landespräsidium in Wiesbaden wollen sich zu einem MEK-Bern. „Keine Auskünfte über er

technische Fragen“, heißt es offiziell.

In der Nacht zum Sonntag kamen zu mehr als 20 weiteren Farbtätern. Die Täter versuchten auch, die CDU-Geschäftsstelle auf diesem Zusammenhang hat die Polizei den durchsucht. Ihr rechnet das Präsidium Mittelhessen auch die Tagung, die sie am Montag auf der Nähe von Buseck festgenommenen fünften Person gelang die F

Verdächtigen kamen nach werden frei. Bei ihnen sollen keine cke gefunden worden sein. Für ten, 41-jährigen Mann aus Reisknete der Richter Vorbeugehaft an re Straftaten zu verhindern. Der am Donnerstag eine achtmonatige fe antreten, die in Zusammenhang schen Aktionen steht. Er soll de Projektwerkstatt sein. Der hessis sungsschutzbericht führt die Pr statti in seinem jüngsten Bericht u chismus“. Demnach soll die Pr statt „kreativen Widerstand“ p

Laut Verfassungsschutzbericht i der Werkstatt unter anderem weg schädigung verurteilt. Zur Dur gibt es noch kein offizielles Erge



Die Kanzlei des hessischen Innenministers Bouffier haben anscheinend Täter aus den Spektrum im Visier. Das hat ein Mobiles Einsatzkommando auf den Plan ger

Frankfurter Rundschau, 17. Mai 2006

kommt für ihn auch eine Änderung des Grundgesetz in Frage. Daher gehörte Bouffier auch zur Riege derer, welche das Militär gerne während der Fußball-WM eingesetzt hätten. Auch wenn es bisher nur bei Vorstößen einzelner blieb, wird damit langfristig das Feld des Möglichen verschoben. Sollten sich die Bouffiers aller Parteien durchsetzen würde der ohnehin ausgedehnte Repressionsapparat noch um die Möglichkeit erweitert, militärisch gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen.

Ein weiteres Feld Bouffier'scher Sicherheitspolitik ist das Abschiebe- und Integrationsregime (z.B. der von Bouffier vorgelegten „Einbürgerungstest“).

★ Kritik an Bouffier und Parteifreunden:  
[www.projektwerkstatt.de/bouffier](http://www.projektwerkstatt.de/bouffier)

Ist es nicht absurd, dass z.B. in Berlin nur 0,4 wegen Straftaten angeklagten Polizisten werden, während die, bei denen Polizisten g aussagen, kaum eine Chance haben, freiges werden?

Sonderseite zur Bevorzugung von Polizeizeit  
[www.polizeizeugen.de.vu](http://www.polizeizeugen.de.vu)

Bouffier, um sich als Vorreiter von „law and order“-Strategien zu profilieren. Unter dem Vorwand, gewalttätige Hooligans zu bekämpfen, werden massive Einschränkungen persönlicher Freiheiten vollzogen: Dazu zählen Stadionverbote für 2800 „Problemfans“, „Gefährderansprachen“ im Vorfeld sowie geplante Meldeauflagen und Aufenthaltsverbote. Auch Gerichte sind vorab in den Apparat des harten Durchgreifens eingebunden. „Es gab bereits im Vorfeld intensive Gespräche mit der Justiz“, erklärt Bouffier ganz offen, wie die Repression informell vorbereitet wird (Planungen der Sicherheitskräfte sind 21 Tage vor der WM abgeschlossen. Pressemitteilung des Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, 19.05.2006).

Bouffiers weitergehendes Ziel ist „ein integriertes Sicherheitssystem einschließlich der Bundeswehr auf einer sauberen Rechtsgrundlage.“ (Giessener Anzeiger, 06.04.2004) Schon bevor es unter HardlinerInnen aller Parteien Mode wurde, forderte Bouffier immer wieder Bundeswehr-Einsätze im Inneren – mit den für ihn bereits typischen Aufhängern: „internationaler Terrorismus“, organisierte Kriminalität und „illegale“ Einwanderung. Dafür

## Zwei Aktionen gegen Genversuch in Gießen

Zwei Aktionen gegen den Versuch mit transgener Gerste in Gießen finden sich auf den politischen Terminkalendern der Stadt. Ein Zusammenschluss von AktivistInnen aus verschiedenen Gießener Gruppen plant für Pfingsten 2006 eine Dauer-Demonstration in der Nähe des Feldes. Dort soll es um die Kritik an dem Genversuch und um mögliche Alternativen gehen. Die Demonstration, in der Nähe des Genstandortes im Alten Steinbacher Weg geplant, soll vom 2.-5. Juni die öffentliche Debatte um die aus Profit- und Kontrollinteressen entwickelte Gentechnik kritisieren. Flugblätter und vorbereitende Veranstaltungen sollen in den nächsten Tagen zur Teilnahme an der Demonstration auffordern. Ein nächstes Treffen zur Vorbereitung findet am Mittwoch, den 24.5., im Umsonstladen in Gießen (Marburger Str. 23) statt. Wer Kontakt zu dem Bündnis sucht, kann sich an Simone Ott (Simone.Ott@germanistik.uni-giessen.de) wenden.

Als zweite haben inzwischen mehrere Personen eine öffentliche Feldbefreiung angekündigt. Die Ankündigungen werden über eine Internetseite gesammelt, auf der auch die wichtigsten Daten zum Genversuch zu finden sind. Die Befreiungsaktion orientiert sich an der überregionalen Idee der Feldbefreiungs-Kampagne „Gendreck weg!“. Die Gießener Seite lautet: [www.gendreck-giessen.de.vu](http://www.gendreck-giessen.de.vu). Das Kontakttelefon für Nachfragen steht in der Projektwerkstatt in Saasen, wo auch weitere Ankündigungen gesammelt werden: 06401/903283.



## Akzeptanz schaffen für Innere Sicherheit und zentrale Polizeistrukturen

**Anti-Terror-Pakete, Novellierung von Polizeigesetzen auf Länderebene, Schleier- und Rasterfahndung, Ausweitung von DNA-Tests, freiwillige Polizeidienste - die Liste der in den letzten Jahren umgesetzten oder beschlossenen „Sicherheits“-Maßnahmen findet kein Ende.**

**Die „innere Aufrüstung“ schreitet mit einem ungeahnten Tempo voran, die Möglichkeiten der Repressionsorgane werden fast täglich erweitert. Dazu gehören auch zahlreiche von politischen Eliten initiierte Debatten, die zwar nicht zu Gesetzesänderungen führten, wohl aber die „diskursiven Koordinaten“ (d.h. das, was in der öffentlichen Meinung plötzlich denkbar wird) verschoben haben und eher schleichend neue Verschärfungen vorbereiten. Als Beispiel seien die Folter-Debatte oder die immer wiederkehrenden Plädoyers für Bundeswehreinheiten im Inneren genannt. Solche Beiträge schaffen langfristig ein gesellschaftliche Klima für „law and order“ - hartes Durchgreifen, populistisch aufgeladen.**

In den Debatten um den Ausbau von Innerer Sicherheit bedienen sich Parteien, Politik und Medien platter, populistische Muster. Populismus meint dabei eine bestimmte Strategie der politischen Akzeptanzbeschaffung. Sie setzt auf eine Mischung aus platten, teilweise rechten Parolen, gezielter Stimmungsmache und dem Ruf nach „hartem Durchgreifen“. Populismus fängt aber bereits an, wo Zusammenhänge gezielt verkürzt dargestellt werden - einige Beispiele: „Kameras senken Kriminalität“ - obwohl z.B. offizielle Studien aus England belegen, dass maximal eine Verdrängung von „Kriminalität“ in weniger überwachte Bezirke erreicht wird. „Härtere Strafen schaffen mehr Sicherheit“ - obwohl jüngst eine Studie des Justizministeriums erst bestätigte, dass gerade hart bestrafte Personen zu erneuten „Straftaten“ neigen (Frankfurter Rundschau vom 29.03.2004, S.4).

Autoritäre Politik braucht Angst. Um diese zu schüren, werden immer wieder neue Bedrohungsszenarien aufgebaut und tatsächliche Entwicklungen verzerrt bis völlig verfälscht dargestellt: Gewalttaten gegen Menschen, vor allem die schweren Straftaten wie sexueller Missbrauch, Vergewaltigung, Mord oder Terror nehmen z.B. in Deutschland seit Jahrzehnten deutlich ab. Die „gefühlte“ Anzahl von schweren Straftaten dagegen nimmt ebenso deutlich zu. „Die extremste Fehleinschätzung ergibt sich zum vollendeten Sexualmord. Die Bürger unterstellten eine explosionsartige Vermehrung von 32 auf 208 Fälle. Die Polizei registrierte jedoch seit 1993 eine stetige Abnahme auf 11 Morde im Jahr 2002“. (Christian Pfeiffer: Die Dämonisierung des Bösen. In: FAZ, 05.03.2004)

### Die „äußere“ Bedrohung - Feindbilder aufbauen

Die Masche ist immer ähnlich: Waren es früher „Linksextremisten“, die zur Einführung neuer Sicherheitsgesetze benutzt wurden, sind es heute der „internationaler Terroris-

mus“, Islamismus oder auch Neo-Nazis. Die konkreten Feindbilder variieren ständig - entscheidend ist nur, dass es gelingt, Unmut auf diese Gruppen zu lenken, um eine Identifikation mit dem „großen Bruder“ zu bewirken, der es richten soll. Es soll der Eindruck erzeugt werden, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen ausschließlich zur Abwehr „äußerer“ Gefahren dienen - und nicht etwa als grundsätzliche Verschärfung von Repressionsverhältnissen verstanden werden. Feindbilder liefern gute Begründungen für ein hartes Durchgreifen und schützen davor, die eigentlichen Interessen offen legen zu müssen. Auf diese Weise gelingt es den ArchitektInnen des autoritären Staates, breite Zustimmung für neue Überwachungs- und Fahndungsmöglichkeiten zu organisieren, die später universell eingesetzt werden können.

### Beispiel Einschränkung des Versammlungsrechts:

Die provokativen Auftritte der NDP im Landtag wurden im Januar 2005 mit der von Otto Schily initiierten Debatte zur Verschärfung des Versammlungsrechts (ausgedehntere Bannmeilen, Verbot von Demonstrationen an Gedenkstätten usw.) verknüpft. Tatsächlich geht es darum, das ohnehin ausgedünnte Versammlungsrecht noch deutlich einmal zu stützen - um Protest noch besser kontrollieren zu können.

### Einzelfälle populistisch aufladen

Spektakuläre Einzelfälle werden von Politik mit tatkräftiger Unterstützung seitens der ihnen gewogenen Medien aufgebauscht und ganz unauffällig mit Forderungen verknüpft, die eh schon in der Schublade lagen. Besonders geeignet sind solche Fälle, bei denen es leicht fällt, breite Zustimmung für ein „hartes Durchgreifen“ herzustellen. Beispiel: Die Einführung von massenhaften DNA-Tests ist eine Ausweitung des Repressionsapparates und wurde vor allem mit dem Kampf gegen Kinderschänder begründet. Diese populistische Akzeptanzbeschaffung hat funktioniert. Inzwischen ist das alles vergessen - und DNA-Tests werden überall da eingesetzt, wo es die Herrschenden für sinnvoll erachten.

## Lust auf Widerstand?

Egal ob Innere Aufrüstung, Abschiebungen, rechte Umtriebe oder Umweltzerstörung - es gibt genug Gründe, widerständig zu werden. Und viele Möglichkeiten: Zeitungsprojekte wie dieses, der Aufbau von Freiräumen, kreative Aktionen und mehr.

### Anlaufpunkte

- ★ Umsonstladen, Marburger Str. 23 (Gießen), [www.umsonstladen-giessen.de.vu](http://www.umsonstladen-giessen.de.vu)
- ★ Infoladen Gießen, Alter Wetzlarer Weg 44, [www.ak44.de.vu](http://www.ak44.de.vu)
- ★ Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11 in Saasen, 06401-90328-3, [www.projektwerkstatt.de/saasen](http://www.projektwerkstatt.de/saasen)

